

Das Programm der AfD Stuttgart für die Kommunalwahl 2024

Zukunft Stuttgart

Heimat. Sicherheit. Fortschritt.

Die Alternative für Deutschland (AfD) setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 für eine beständige, transparente, bürgernahe und rechtsstaatliche Politik ein.

Unsere Stadt ist Landeshauptstadt und hat eine sehr lange Geschichte als Regierungssitz der württembergischen Könige und Grafen. Ein freiheitlicher und erfinderischer Geist prägt Stuttgart. Wie in nur wenigen anderen Städten in Deutschland verkörpern hier die Bürger Tugenden wie Schaffens- und Tatkraft und politisch-gesellschaftliche Innovationen. Weltkonzerne wie Bosch, Mercedes-Benz, Porsche und viele mittelständische Unternehmen haben dazu beigetragen, Stuttgart im internationalen Vergleich nach vorne zu bringen und den Wohlstand zu mehren. Stuttgart ist eine der am dichtesten besiedelten deutschen Großstädte und das Zentrum der wichtigsten Industrieregion Europas.

Doch die Zukunft ist gefährdet: Wirtschaftlich, technologisch, kulturell und demografisch droht Stuttgart eine negative Entwicklung. Wir als AfD wollen diese Entwicklung wieder zum Positiven wenden, die Stuttgarter von ideologischen und bürokratischen Fesseln befreien und den Bürgern wieder eine gute Zukunft in Wohlstand geben. Das ist unser politisches Ziel.

Die Probleme müssen sachlich angesprochen und gelöst werden. Unbelastet von Denkverboten und offen für die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen werden wir faktenbasiert arbeiten, Verbesserungen vorschlagen und Stuttgart voranbringen. Unser **Arbeitsprogramm für die Amtsperiode 2024 - 2029** im Stuttgarter Rathaus ist die Grundlage, wie wir uns politisch für die Gestaltung des Lebens in unserer Heimatstadt einsetzen werden.

In der Kommunalpolitik werden sich die Vertreter der AfD sachorientiert, konstruktiv und ohne Scheu vor unbequemen Wahrheiten für den Bürgerwillen, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit einsetzen. Die AfD-Gemeinderatsfraktion wird sich an den sprichwörtlichen Stuttgarter Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Eigenverantwortung und dem fortwährenden Streben nach guter Qualität orientieren und sich auf dieser Grundlage für eine gute Zukunft der Stuttgarter einsetzen.

Pragmatisch statt ideologisch. Freiheitlich statt staatsgläubig. Bürgernah statt autoritär.

Inhalt

1)	Bildung, Familie und Soziales
2)	Migration, Islam und Integration
3)	Ordnung und Sicherheit
4)	Wirtschaft und Forschung
5)	Umwelt- und Tierschutz
6)	Landwirtschaft und Weinbau
7)	Verkehr und Infrastruktur
8)	Bauen, Wohnen und Stadtbild
9)	Gesundheit
10)	Kultur und Tourismus
11)	Sport
12)	Demokratie und Mitbestimmung
13)	Verwaltung und Haushalt

Bildung, Familie und Soziales

Kinder sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern wollen wir verstärkt fördern. Eine echte Förderung von Familien bedeutet für uns, dass Kinder in den ersten Lebensjahren möglichst viel Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Aus diesem Grunde befürworten wir Angebote zur Unterstützung und Förderung der häuslichen Kindererziehung. Die Erziehung der Kinder obliegt den Eltern. Einen staatlichen Eingriff lehnen wir entschieden ab.

Jugendliche müssen anhand der zu unserer Kultur gehörenden Werte, Normen und Verhaltensregeln aufwachsen. Vereine und andere bürgerschaftliche Organisationen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Insbesondere für Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte ist die Akzeptanz der christlich-abendländischen Kultur eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt.

Senioren sollen auch im hohen Alter, soweit wie irgend möglich, eigenständig ihr Leben führen können. Ihre Stimme muss bei Planungen und Entscheidungen gehört werden.

Kindesentwicklung in Schulen ganzheitlich fördern

Die Alternative für Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Erziehung und Betreuung der Schüler in Stuttgart sichergestellt ist. Die Ganztagschule darf nur eine Option sein, ihr Besuch muss in jedem Fall auf Freiwilligkeit beruhen. Daher müssen stets auch ausreichend Plätze von hoher Qualität für den klassischen Halbtagsunterricht in Schulen angeboten werden. Obligatorisch ist, dass die Schule oder Betreuungsstätte einen Bildungsauftrag und keinen politischen Erziehungsbefehl hat und zur Neutralität verpflichtet ist. Die wertbasierte Erziehung ist Sache der Eltern. Daraus resultiert für uns die Forderung nach einem kommunalen Betreuungsgeld für Mütter und Väter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause erziehen.

Schulen besser ausstatten

Wir setzen uns für Rahmenbedingungen für die Schulen ein, die den Schülern eigenständiges Denken und eine Zukunft in Freiheit eröffnen. Statt ideologischer Experimente setzen wir auf die klassische Vermittlung von Wissen, denn die Schule soll unseren Nachwuchs auf das Arbeitsleben vorbereiten und auf die Vermittlung einer soliden Allgemeinbildung, damit die nächste Generation in eine sichere, selbstbestimmte und erfolgreiche Zukunft gehen kann.

Ordentliche Schulgebäude, schöne Unterrichtsräume, intakte Heizungen, zeitgemäße Sanitärräume, Mensen und Schulkantinen müssen bei allen kommunalen Ausgaben stets Priorität haben. Der Einsatz von Computern, Tablets, Taschenrechnern usw. muss dem Unterricht in weiterführenden Schulen vorbehalten bleiben.

Pflicht zur deutschen Sprache in Kindergärten und Schulen

Ohne eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache haben weder Kinder noch Erwachsene eine Chance auf Bildung oder Arbeit. Sie muss Voraussetzung für die Einschulung sein. Kinder, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, müssen bereits frühzeitig vor der Einschulung Förderung in der deutschen Sprache erhalten. Anhand von Tests ist die Wirksamkeit dieser Förderung zu messen und zu verbessern. Die betroffenen Eltern müssen in den aktiven Sprachlernprozess einbezogen werden.

Kindergartenplätze priorisiert für erwerbstätige Stuttgarter Bürger

Kindergartenplätze in Stuttgart sind begrenzt. Der Platz in einem Kindergarten soll den Menschen zur Verfügung stehen, die aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit nicht über die Zeit verfügen, sich selbst um die Tagesbetreuung ihrer Kinder zu kümmern.

Gender-Ideologie auch in Schulen und Kindergärten beenden

Die AfD respektiert, schützt und achtet unterschiedliche Lebensentwürfe. Wir stehen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gleichzeitig stellen wir uns gegen die Verleugnung bestehender Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern. Sexualität und sexuelle Vorlieben haben ihren Platz im Privatleben eines Menschen, sofern sie nicht andere Menschen – insbesondere Kinder – schädigen. Ein Bildungsplan oder Sprachregeln unter der Flagge des „Gender-Mainstreaming“ relativiert und diskreditiert die beiden Geschlechter. Kinder sollen in einer vertrauensvollen Atmosphäre aufwachsen und als Persönlichkeit ernst genommen werden. Ihre Bildung muss altersgerecht sein. Ideologien wie das „Gender-Mainstreaming“ oder die Thematisierung erotischer Präferenzen haben in Schule und Kindergarten nichts verloren.

Für eine Jugendarbeit, die Orientierung gibt

Kinder und Jugendliche suchen nach Orientierung und ihrem Platz in der Gemeinschaft. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten nicht zuletzt die vielfältigen Angebote von Vereinen und anderen bürgerschaftlichen Organisationen. Sie sind von der Stadt im Hinblick auf ihre Jugendarbeit verstärkt zu fördern.

Damit Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte in den Lebens- und Kulturkreis unseres Landes hineinwachsen, müssen die hierzulande tradierten kulturellen Werte, Normen und Verhaltensregeln vermittelt werden. Deren Akzeptanz ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt. Alle von der Stadt geförderten Einrichtungen müssen sich auf dieses Ziel nachprüfbar verpflichten.

Arbeitslose junge Menschen sollen von der Stadt Beschäftigungsangebote erhalten, deren Wahrnehmung verpflichtend ist. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Bund und Land sind auch Qualifizierungsmaßnahmen vorzusehen, die die Fähigkeiten und Neigungen der Teilnehmer berücksichtigen. Ihnen wird damit doppelt geholfen: Einerseits durch den Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten, andererseits durch das Wachsen von Selbstachtung und Vertrauen auf die eigene Leistung.

An Senioren denken

Hilfsbedürftige Senioren sollen so lang wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Bei ihrer Versorgung und Pflege ist die Selbstorganisation von Familien, Nachbarschaften, Freundeskreisen und ehrenamtlich Tätigen zu stärken. Dies soll durch ein vernetztes System – zum Beispiel der Tagespflege – mit der Versorgung durch Familienangehörige in der eigenen Wohnung ergänzt werden, das von der Stadt personell und materiell mit Priorität behandelt wird. Hierfür ist auch die Infrastruktur, etwa der entsprechende Parkraum, auszubauen. Seniorengerechte Wohnungen müssen stärker als bislang vorgesehen werden, insbesondere bei städtischen Bauträgern. Zum Beispiel sollten bei der Planung von Wohnraum große Grundflächen bevorzugt werden, sodass durch einfache Maßnahmen eine Umwandlung wahlweise für Familien oder mehrere Senioren, z. B. in Wohngemeinschaften oder kleinere Einheiten, möglich ist.

Bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen, Infrastruktur und Verkehrsmitteln sind der Bedarf und die Möglichkeiten von Senioren verstärkt zu berücksichtigen.

Sozialausgaben müssen effizient helfen

Da die Sozialausgaben der Stadt einen großen Teil des Haushalts einnehmen, müssen sämtliche Ausgabenposten auf ihre Effizienz untersucht werden, sowohl zum Nutzen der Leistungsempfänger als auch in Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Doppelstrukturen und parallele Leistungen müssen vermieden werden. Hilfe muss bei den wirklich Bedürftigen ankommen: Nicht Erwerbsfähige, Behinderte, Kinder, Senioren, körperlich und seelisch schwer Erkrankte. Stuttgarts Sozialpolitik soll

stets auf die Beschäftigung der Leistungsempfänger im Rahmen ihrer Möglichkeiten abzielen, auch wenn diese nur geringfügig ist. So wird beiden Seiten geholfen: Der Gemeinschaft durch gemeinnützige Arbeit und dem Einzelnen nicht nur finanziell, sondern auch, weil seine erbrachte Gegenleistung gewürdigt wird.

Inklusion ohne ständige Bevormundung. Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist wünschenswert und sollte in allen Bereichen gewährleistet und gefördert werden. Das heißt, im Alltag und öffentlichen Raum sollen Behinderte und gesundheitlich Beeinträchtigte nicht ständig an ihre Behinderung erinnert werden.

Familien und systemrelevante Berufsgruppen gezielt fördern

Bürger, die in ihrem Beruf für das Funktionieren der Stadt einen unverzichtbaren Beitrag leisten, sollen bei Bedarf mit einem besonderen kommunalen Wohngeld gefördert werden (Subjektförderung), damit sie in Stuttgart überhaupt wohnen können. Das kommunale Wohngeld wird in den städtischen Haushalt als freiwillige Leistung eingestellt. Familien sind die unverzichtbare Grundlage unserer Gesellschaft; sie können Rückhalt bieten in materiellen oder psychischen Notsituationen. Sie sollen auch in der Sozialpolitik unserer Stadt besonders geschützt und umsorgt werden. Es handelt sich ebenfalls um freiwillige soziale Leistungen der Stadt.

Migration, Islam, Integration

Ausmaß und Zusammensetzung der ungesteuerten Massenmigration überfordern unsere Stadt und führen zu Desintegration statt gelingender Integration. Seitens der Zuwanderer fehlt es oftmals an den sprachlichen, kulturellen und beruflichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

Die AfD Stuttgart strebt eine kommunale Migrations- und Integrationspolitik an, welche sich vor allem an den Bleibeperspektiven der einzelnen Migranten orientiert und stark auf den Erhalt des sozialen Friedens in Stuttgart ausgerichtet ist. Sicherheit und Lebensqualität der Stuttgarter müssen Vorrang vor einer aufgezwungenen „Willkommenskultur“ haben. Nur so kann Stuttgart eine lebenswerte Stadt mit bezahlbarem Wohnraum bleiben.

Positives Verhältnis zur deutschen Identität als Grundvoraussetzung für Integration

Die Alternative für Deutschland ist aufgeschlossen gegenüber integrationswilligen Einwanderern, die eigenständig für ihren Lebensunterhalt aufkommen wollen und können. Wir stehen insbesondere auch zu den zahlreichen Mitbürgern mit ausländischen Wurzeln, die unsere Regeln ernst nehmen, sich an unsere Gesetze halten und unsere Lebensart und Kultur wertschätzen. Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Werteordnung sowie das Bemühen, den eigenen Lebensunterhalt selbst aufbringen zu können, sind nach unserer Auffassung die Mindestbedingungen für eine gelingende Integration. Sie ist in allererster Linie eine Bringschuld der Einwanderer. Keine staatliche Fördermaßnahme kann die Eigeninitiative und den Willen der Migranten zur kulturellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Integration ersetzen.

Kulturfremde gewalttätige Konflikte unterbinden

Die AfD Stuttgart bekennt sich zum Recht auf Versammlungsfreiheit. Gegenüber gewalttätig ausgetragenen Konflikten, insbesondere im Rahmen politischer, kultureller und anderer weltanschaulicher Auseinandersetzungen von Ausländern, treten wir für eine Ordnungspolitik von Null-Toleranz ein.

Keine weitere Unterbringung von Migranten

Wenngleich Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben sind, fordern wir die Stadt auf, Gespräche mit der Landesregierung über einen Aufnahmestopp von Migranten zu führen. Die Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber und sich illegal aufhaltender Ausländer sowie straffällig gewordener Migranten muss von Gemeinderat und Verwaltung konsequent unterstützt werden. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr und die zugehörigen Beratungsangebote müssen massiv ausgebaut werden. Aktuell sollten gerade Syrer, Afghanen, Iraker und Eritreer, in deren Heimatregionen der Krieg weitgehend beendet ist, bei der Rückkehr unterstützt werden.

Austritt aus dem „Bündnis Seebrücke/Sichere Häfen“

Stuttgart muss sofort das sogenannte „Bündnis Seebrücke/Sichere Häfen“ verlassen, dass die Stadt zur Aufnahme von Einwanderern über den gesetzlichen Verteilungsschlüssel - den Königsteiner Schlüssel - hinaus verpflichtet. Die Tätigkeit von als Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getarnten „Schlepperorganisationen“ darf nicht weiter unterstützt werden, weil sie zur illegalen Einwanderung ermutigt. Versuchen, illegale Migration rechtswidrig mit städtischen Finanzmitteln zu fördern, etwa durch die unzulässige Finanzierung von Migrantenschiffen, ist seitens der Stadt entgegenzutreten.

Leistungen für Migranten minimieren

Jegliche Leistungen der Stadt Stuttgart sind auf das gesetzliche Minimum zu beschränken. Zusatzleistungen sind aufzuheben. Absehbar nicht bleibeberechtigte Asylbewerber dürfen keine Sprachkurse und keine sonstigen Förder- und Integrationsmaßnahmen mehr erhalten.

Sachleistungen statt Geldleistungen

Geldleistungen sind für Asylbewerber sehr attraktiv und stellen einen wesentlichen „Pull-Faktor“ dar, der Migranten stark motiviert, auch aus sicheren Ländern nach Deutschland einzuwandern, um hier diese Leistungen in Anspruch zu nehmen. Nicht zuletzt werden aus den Geldleistungen Beträge zum Transfer in Herkunftsländer abgezweigt, auch zum Bezahlen von Schulden aus der Finanzierung von Schleusern. Der Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen für Asylbewerber wird eine erheblich dämpfende Wirkung auf die Motivation von Migranten haben, sich Stuttgart als Ziel auszusuchen.

Politischen Islam eindämmen

Der Ausbreitung politisch-islamischer Machtansprüche und der damit verbundenen anwachsenden Parallelgesellschaften treten wir entgegen. Kommunale Steuergelder für religiös-fundamentalistisch geprägte Bauten sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Repräsentationsbauten dürfen keinen islamischen Herrschaftsanspruch symbolisieren. Eine Dominanz im baulichen Umfeld, welche die Minarette mit akustischen Machtsignalen - wie dem Muezzinruf - beinhaltet, lehnen wir ab.

Ordnung und Sicherheit

Wir wollen ein sicheres Stuttgart. Die Sicherheitssituation am Hauptbahnhof und an anderen Brennpunkten ist ungenügend. Einbrüche in Wohngebieten sind zu häufig. Messerverbotzonen und Bandenkriege in Stuttgart sind sichtbare Zeichen der Gefährdung. Wir fordern die Entwicklung eines integrierten Sicherheitskonzeptes in Zusammenarbeit von Stadt und Land, um die Sicherheit in Stuttgart zu erhöhen.

Einbrüche, Messerstechereien, offener Drogenhandel, Clan-Kriminalität und Bandenkriege müssen aufhören. Wirksamen Schutz vor Kriminalität und Terrorismus, bei Unfällen oder

Naturereignissen kann nur eine Stadt bieten, die diese Gefahren und ihre Ursachen ideologiefrei betrachtet und konsequent handelt, hierfür bedarf es aussagekräftiger und umfassender Statistiken, die öffentlich einsehbar nach signifikanten Indikatoren das unverfälschte Kriminalitätsgeschehen abbilden.

Generell muss für die Stadt das Null-Toleranz-Prinzip gelten. Sauberkeit und ein gepflegtes Erscheinungsbild der Stadt tragen, neben der allgemeinen Hygiene, wesentlich zum Wohlbefinden bei und sind eine wichtige Bedingung, um sich bei uns zuhause zu fühlen. Sauberkeit und Ordnung motivieren die meisten Stuttgarter, sich auch selbst entsprechend zu verhalten.

Öffentliche Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften ausbauen

Die Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften im öffentlichen Raum muss dauerhaft sichergestellt werden. Ortsteilpolizisten sollten ständig einen bestimmten Bezirk betreuen, so dass sie mit diesem und seinen Bewohnern vertraut sind. Die Stadt Stuttgart muss qualifiziertes Fachpersonal für diese Aufgaben ausbilden und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

Keine „No-Go-Areas“ in Stuttgart

Zur Verhinderung von Ausschreitungen im Stadtgebiet muss die Stadt Stuttgart adäquate Lösungen aufzeigen, die sowohl die Sicherheit der Bürger als auch deren Freiheit garantieren. Hierzu ist die Vorbeugung von sogenannten No-Go-Areas elementar. Dahingehend fordern wir eine Intensivierung der Bestreifung und Videoüberwachung von hochfrequentierten Party-Hotspots sowie bekannten Drogenumschlagplätzen. Mit Blick auf die Freiheitsrechte der Bürger muss die Videoüberwachung so gering wie möglich gehalten werden. Videoüberwachung allein kann und soll die Polizeipräsenz nicht ersetzen.

Mehr Personal und Mittel für die Feuerwehr

Der erhebliche Beitrag, den die Feuerwehr Stuttgart zum Schutz der Einwohner bei Bränden, Verkehrsunfällen oder Naturereignissen leistet, muss personell und finanziell garantiert werden. Die Berufsfeuerwehr Stuttgart braucht eine größere Personalstärke, um ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Die Freiwilligen Feuerwehren brauchen nachhaltige Unterstützung. Wir fordern eine Aufstockung von finanziellen und technischen Mitteln sowie die Erfüllung von Arbeitsschutzvorschriften.

Schutz religiöser Stätten

Das grundgesetzlich verankerte Recht auf Religionsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Ausübung von Religion vor Übergriffen jeder Art geschützt wird. Hierfür sind christliche Kirchen, Synagogen und andere Gotteshäuser vor Schändung, Terrorakten und Anschlägen besser zu schützen. Des Weiteren muss die Stadt Stuttgart konsequent gegen Partyveranstaltungen vor Friedhöfen und anderen (historischen) Grabstätten vorgehen und darf diese nicht genehmigen.

Notrufsäulen in Naherholungsgebieten

Auffallend wenige Notrufsäulen sind im Stuttgarter Stadtgebiet zu finden. Die Tatsache, dass in der heutigen Zeit nahezu jeder ein Smart-Gerät besitzt, nützt im Ernstfall jedoch nichts, wenn es um schnelle Hilfe und sofortige Lokalisierung geht. Aufgrund dessen setzen wir uns für den Ausbau des Notrufsäulennetzes im Stuttgarter Stadtgebiet mit besonderem Fokus auf die Naherholungsgebiete ein. Um missbräuchlichen Notrufen vorzubeugen, sollten die Notrufsäulen mit einer Lichtbilderfassung ausgestattet sein.

Mehr Sauberkeit in Stuttgart

Stuttgart muss auf Straßen, in U-Haltestellen und Unterführungen sauberer werden. Hierfür ist die Stuttgarter Abfallwirtschaft (AWS) besser auszustatten. Die Kapazitäten zum Aufstellen von Abfallbehältern sollen erhöht werden. Zudem sollten mehr Abfallbehälter unter städtischer

Verwaltung aufgestellt werden, um Ratten und Ungeziefer in den Bezirken vorzubeugen. Auch sollte dem Vandalismus konsequent entgegengewirkt werden. Um das Stadtbild wieder ansehnlich zu machen, ist es darüber hinaus erforderlich, dass illegale Graffiti großflächig entfernt werden. Für eine konsequente Umsetzung hat die Stadt Stuttgart zu sorgen. Wir unterstützen freiwillige organisierte Putzaktionen (Putzete) in den Stadtbezirken.

Wirtschaft und Forschung

Der politisch betriebene Niedergang der Automobil- und Maschinenbauindustrie legt über Jahrzehnte gewachsene Strukturdefizite Stuttgarts bloß. Es droht ein wirtschaftlicher und sozialer Abstieg, wie ihn andere Städte schon hinter sich haben. Stuttgart braucht einen neuen wirtschafts- und forschungspolitischen Ansatz. Nur hochwertige Arbeitsplätze können den Lebensstandard in unserer Stadt sichern.

Neue in- und ausländische Forschungsinstitute sollen in Stuttgart ihre Heimat finden. Wir wollen eine langfristig angelegte, konzertierte Bildungs-, Wirtschafts- und Forschungsinitiative. Ziel unserer Politik ist zunächst der Erhalt und die Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Industrieansiedlungen mit Stuttgart als globalem Zentrum. Der wichtigste Schritt: Stuttgart muss wieder stärker für Technologie, neues Denken und bahnbrechende Wissenschaft begeistern.

Die Stadt als Partner der Innovation

Stuttgart soll zur Heimat eines neuen globalen Industrie- und Innovationszentrums werden. Dazu sind Zukunftsfelder der Weltwirtschaft zu identifizieren und konzertierte Maßnahmenpläne zur Besetzung dieser Felder durch Stuttgarter Unternehmen zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist offensives Werben für die Ansiedlung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Institute, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Entwicklung der städtischen Forschungslandschaft in Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen. Städtische Verwaltung, Eigenbetriebe und Unternehmen mit städtischer Beteiligung müssen bei der Nutzung neuer Technologien und der Einführung innovativer Prozesse vorangehen.

Entfall der Gewerbesteuer für Existenzgründer

Existenzgründer sind die Zukunft unserer Wirtschaft und die Schöpfer neuer Arbeitsplätze. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie mit einem Gewerbesteuer-Hebesatz von 420 Prozent belastet werden. Wir setzen uns für eine Beitragsbefreiung von der Gewerbesteuer in den ersten drei Jahren nach Gründung ein.

Attraktive Gewerbeflächen

Für freiwerdende Flächen, die durch die Abwanderung von Industrien entstehen, braucht die Stadt ein Konzept. Neben dem Dienstleistungssektor müssen auch die produzierenden Branchen im Zentrum der Wirtschaftsförderung stehen.

Gewerbeflächen mit guter Infrastruktur müssen ausgewiesen werden. Insbesondere die Bereitstellung gut zugänglicher und günstiger Gewerbeflächen ist wichtig. Stuttgart braucht ein Konzept, das große Gewerbeflächen für Einzelhändler, Onlinehändler und Kleinunternehmer in günstige, befahrbare Lagerflächen von 100 bis 150 Quadratmeter aufteilt (XXL-Garagenkonzept).

Wiederbelebung als einkaufsgerechte Stadt

Stuttgart braucht eine Förderung des Einzelhandels, was im Wesentlichen mit der Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und der Verbesserung der Zugänglichkeit auch für den Individualverkehr erreicht wird. Insbesondere um Einkaufspassagen und Einkaufszentren herum muss Parkraum zur

Verfügung stehen. Hierzu ist ein ideologiefreies Konzept der Stadtentwicklung sowohl für die Innenstadt als auch für die äußeren Stadtbezirke zu entwickeln.

Pachtverträge fair gestalten

Der Pächter sollte auch der Betreiber sein. Eine Untervermietung ist abzulehnen. Die Stadt sollte die Flächen direkt an die Gewerbetreibenden vergeben, um ein faires Preis-Leistungsverhältnis zu gewährleisten.

Umwelt und Tierschutz

Als engagierte Bürger Stuttgarts ist es unsere Verantwortung, unsere Stadt zu einem lebenswerten und tierfreundlichen Ort zu machen. Wir setzen uns entschieden für den Schutz unserer Umwelt und unserer Tiere ein. Durch verantwortungsbewusste Politik und das Engagement jedes Einzelnen können wir eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für uns und kommende Generationen schaffen.

Wir lehnen eine ideologisch begründete Politik ab, die unsere gewachsene Natur zerstört und unsere bürgerlichen Freiheiten einschränkt. Es gilt stets die Verhältnismäßigkeit von finanziellem Aufwand, ökologischem Ertrag und Zumutbarkeit für die Bürger zu betrachten.

Messstellen korrekt aufstellen

Messstellen zur Messung von Luftschadstoffen sind in Stuttgart immer nur anhand der EU-Richtlinien und der üblichen Praxis in anderen Großstädten der EU aufzustellen. Die gegenwärtigen Messstellen am Neckartor und der Hohenheimer Straße werden diesen Anforderungen nicht gerecht und müssen daher versetzt werden. Der Luftreinhalteplan ist entsprechend anzupassen.

Für sinnvolle Grenzwerte einsetzen

Die bisherigen Grenzwerte basieren auf fragwürdigen medizinischen und wissenschaftlichen Studien. Daher muss sich die Stadt Stuttgart - auch mit anderen Kommunen und Verbänden - für eine sinnvolle Interpretation dieser Grenzwerte und eine entsprechende Richtlinie einsetzen.

Humane Wildtierregulierung

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Unterstützung von Katzenhilfsorganisationen und Tierheimen in Stuttgart ein. Dies beinhaltet finanzielle Mittel für Kastrationsprogramme, tierärztliche Versorgung und damit einhergehende verbesserte Lebensbedingungen für streunende Katzen. Mit Blick auf Stadttauben und Nilgänse fordern wir eine Regulierung, welche auf die Stagnation und Reduktion des Bestands abzielt. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel zur Schaffung von Taubenhäusern und Nilgansnistplätzen bereitstellen und diese adäquat unterhalten.

Insektenschutz fördern

Insekten spielen eine entscheidende Rolle in unserem Ökosystem. Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung von Insektenpopulationen ein. Dies beinhaltet die Anlage von Blühwiesen, Wildwiesen und den Einsatz von insektenfreundlichen Pflanzen in öffentlichen Bereichen.

Begrünung der Stadt

Um der fortschreitenden Flächenversiegelung in der Stadt entgegenzuwirken, unterstützen wir die Begrünung der Stadt. Im öffentlichen Raum und an Straßen ist die Anlage von Grünstreifen und Bäumen zu forcieren. Das Gleisnetz der SSB soll verstärkt durch Magerwiesen- und Rasengleise ersetzt werden, darüber hinaus begrüßen wir die Begrünung von Fahrgastunterständen. Die Instandhaltung und Pflege städtischer Grünflächen ist zu forcieren und auszubauen.

Gewässerschutz für alle Seen in Stuttgart

Seen dienen nicht nur als Naherholungsgebiete, sondern sind auch wichtige Lebensräume für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Um das Kippen der Gewässer und die Bedrohung dieser einzigartigen Ökosysteme zu verhindern, setzen wir uns für aktive Maßnahmen zur Reinigung und Müllvermeidung ein. Dazu gehören regelmäßige Reinigungsaktionen, die Installation von Abfallbehältern an strategischen Punkten, Aufklärungskampagnen und die Förderung von umweltfreundlichen Alternativen zu Einwegkunststoffen. Wir unterstützen die Belüftung von Seen, um deren Erhalt zu gewährleisten.

Keine Windkraft- und Freiflächensolaranlagen

Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik und Windrädern lässt wertvolle Agrar- und Stadtflächen verschwinden, stellt darüber hinaus einen erheblichen Eingriff in bestehende Ökosysteme dar und schadet der Gesundheit der Anwohner. Auf Stuttgarter Gemarkung dürfen keine Windkraftanlagen und auf Freiflächen keine Solarenergieanlagen errichtet werden. Solarenergieanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und historischen Bauten befürworten wir nur unter Beachtung des Denkmalschutzes.

„Klima-Fahrplan 2035“ abschaffen

Bis zum Jahr 2035 „klimaneutral“? Hinter dieser Begrifflichkeit verbirgt sich der Plan für einen radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft. Begründet wird dies mit der Behauptung, durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, könne eine vom Menschen gemachte „Klimakatastrophe“ noch verhindert werden. Wir halten diese These und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für falsch.

Für die Behauptung, der Mensch, insbesondere die Industrie, sei für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich, gibt es bis heute keinen Beweis. Das Spurengas CO₂ ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.

Staatlichen Zwang zur „klimaneutralen“ Ernährung, zur Verschuldung privater Haushalte für den „klimaneutralen“ Heizungsumbau, zur Stromabschaltung bei Dunkelflaute, zum Verzicht auf den eigenen Pkw, zur Klima-Indoktrination unserer Kinder in Kindergarten und Schule lehnen wir ab. Nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus haben die Umweltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert, sondern technischer Fortschritt und die soziale Marktwirtschaft. Die AfD wird alles tun, um auch in unserer Stadt wieder eine positive Zukunftserwartung zu vermitteln.

Landwirtschaft und Weinbau

Knapp 200 Landwirte bewirtschaften im Stadtgebiet von Stuttgart rund 2.500 Hektar (etwa 12 % der Stuttgarter Stadtfläche) Äcker, Weinberge und Wiesen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft. Im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands herrschen im Raum Stuttgart gute klimatische Bedingungen und Bodenqualitäten, gerade für den Weinbau. Engagierte Landwirte bestellen ihre Felder, um die Region mit Lebensmitteln zu versorgen. Vor allem die in Stuttgart stark präsenten Höfe und Weinberge in Kleinstruktur leisten einen hohen Beitrag zur Artenvielfalt und zum Umweltschutz.

Steigende Preise, Konkurrenzverhalten zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft, die Ausweitung sogenannter erneuerbarer Energien, Stadtwachstum und die neue EU-Pflanzenschutzverordnung (SUR) stellen für Stuttgarts Landwirte und Weinbauern ernstzunehmende Herausforderungen dar.

Die AfD Stuttgart hat es sich zur Aufgabe gemacht, Landwirtschafts- und Weinbaubetrieben mehr Gewicht in der Stadtpolitik zu verleihen.

Regionale Lebensmittel besser bewerben

Die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Stuttgart ist über die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten auszubauen. Es soll ein Herkunftssiegel für Agrarprodukte aus Stuttgart eingeführt werden. Werbekampagnen für Erzeugnisse aus dem Raum Stuttgart sind zu unterstützen. Die Vermarktung der Produkte des Weinguts der Stadt Stuttgart ist beizubehalten.

Grundsteuerreform abfedern

Insbesondere Flächenbetriebe werden mit einer deutlichen Erhöhung der Grundsteuer konfrontiert sein. Die Grundsteuerreform ist mit der Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer abzufedern. Wir setzen uns dafür ein, dass keine Erhöhung der Grundsteuer stattfindet.

Schutz vor Überschwemmungen

Der erhebliche Unterhaltungs- und Sanierungsbedarf bei Fließgewässern II. Ordnung muss in der Arbeit der Stadtverwaltung mehr Berücksichtigung finden. Hochwasserschutz sollte dabei gerade in der Nähe von Wohngebieten und Landwirtschaftsflächen Vorrang haben.

Runden Tisch Landwirtschaft stärken

Immer häufiger kommt es zu Spannungen zwischen Landwirten und Weingutsbesitzern einerseits sowie Stadtbewohnern und der Stadtverwaltung andererseits. Der bestehende „Runde Tisch Landwirtschaft“ ist zu unterstützen und mit höherer Priorität zu betrachten.

Agrarflächen für heimische Betriebe

Kommunale Agrarflächen sind an heimische Agrarbetriebe ohne wirtschaftsfeindliche Auflagen zu verpachten. Vertragsdauern sind auf mindestens 20 Jahre festzuschreiben, um Agrarbetrieben Planungssicherheit zu verschaffen. Die Verpachtung kommunaler Agrarflächen ist nur an heimische Landwirtschaftsbetriebe zu ermöglichen.

Verkehr und Infrastruktur

Die Stadt Stuttgart hat sich den von Links-Grün angezettelten, rein ideologisch begründeten Kampf gegen das Automobil zu eigen gemacht: Tempo 40 oder 30 auf Bundes- und Hauptstraßen verhindern ein staufreies und schnelles Verkehren durch die Stadt. Unternehmen und Einkaufsläden können durch immer mehr Fahrradstraßen oder Fußgängerzonen nicht effizient beliefert werden, und immer mehr Fahrradspuren führen vielerorts zu gefährlichen Situationen.

Gleichzeitig geht der Ausbau des Bus- und Bahnnetzes nur schleichend voran und die Sicherheit und Zuverlässigkeit des ÖPNV lässt von Jahr zu Jahr nach. Gerade für eine kinder- und seniorenfreundliche Stadt ist ein attraktiver Personennahverkehr, der sowohl tagsüber als auch nachts eine sichere Fortbewegung ermöglicht, unabdingbar.

Die AfD stellt sich gegen die weitere Umerziehung der Stuttgarter Verkehrsteilnehmer. Die begonnenen Umstrukturierungen der Verkehrsinfrastruktur zu Lasten des Automobils müssen dringend gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die ideologisch begründete, immer weitere Verlangsamung der Stadt lehnen wir entschieden ab! Die Verkehrspolitik der Hauptstadt des Automobils muss stattdessen auf einen schnellen, zuverlässigen, sicheren und fortschrittlichen Verkehr für alle Verkehrsarten ausgerichtet werden. Geschwindigkeitsüberwachung darf nur der

Verhinderung von Unfällen dienen, nicht zur Aufbesserung der Stadtkasse.

Für eine integrative Verkehrspolitik

Fuß-, Rad-, Individual- und Personennahverkehr schließen sich nicht aus. Daher befürworten wir eine integrative Politik, die alle Verkehrsteilnehmer einbindet. Jedoch darf der Radverkehr nicht zulasten der Autofahrer ausgebaut werden - beide gehören möglichst getrennt. Die immerwährende Einschränkung des Autoverkehrs durch Reduktion von Fahrstreifen, ohne adäquate Alternativen (Tunnel, Umgehungsstraßen) zu schaffen, lehnen wir strikt ab. Stattdessen muss mit Beteiligung der Anwohner eine optische und ökologische Aufwertung von Straßen (Begrünung etc.) angestrebt werden. Geschwindigkeitsreduktionen sind zurückzunehmen. Speziell im Innenstadtbereich ist ein Radwegekonzept zu entwickeln, das ein hohes Maß an Sicherheit bei gleichzeitiger Sicherstellung des Straßenverkehrsflusses ermöglicht. Diesel-Fahrverbote oder Feinstaubalarmlösungen nützen der Luftqualität nicht, sie müssen abgeschafft werden.

Für einen sicheren, zuverlässigen und wirtschaftlichen Nahverkehr

Für öffentliche Verkehrsmittel sind die Menschen nur dann zu gewinnen, wenn sie attraktive und funktionierende Angebote vorfinden, nicht aber durch Maßnahmen, die einseitig den Autoverkehr erschweren sollen.

Ein möglichst dichter Takt im ÖPNV sollte weite Tageszeiten abdecken. Der Nachtverkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll durchgängig für die gesamte Woche eingerichtet werden, unter anderem mit „On-Demand-Lösungen“ (Ruftaxis und SSB-Flex). Der ÖPNV muss einen realistischen Preis haben. Die gesetzlich vorgeschriebene Umstellung der Fahrzeugflotte auf „emissionsfreie“ Busse sollte nur im Umfang der Mindestvorgaben und technologieoffen erfolgen.

Es ist Aufgabe der Stadt, die Sicherheit im ÖPNV und auch an den Haltestellen zu gewährleisten und Aufgabe der öffentlichen Verkehrsmittelträger, für Sauberkeit an den Haltestellen zu sorgen.

Mehr innerstädtische Parkmöglichkeiten

Eine attraktive Stadt muss mehr günstigen öffentlichen Parkraum bieten. Der weiteren Verknappung öffentlichen Parkraums muss Einhalt geboten werden. Parkraumbewirtschaftung löst in den betroffenen Stadtteilen, insbesondere abends, keine Parkplatznot, denn auch die Einwohner der Innenstadtbezirke sind auf ihr Auto angewiesen. Um die Parkplatznot zu lindern und die Straßen von Suchverkehr zu entlasten, sollen mehr innerstädtische Parkmöglichkeiten, etwa durch unterirdische Quartiersgaragen geschaffen werden - diese müssen als Ergänzung und nicht als Ersatz dienen.

Eine Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparken lehnen wir ab. Wir unterstützen den Ausbau von „Park and Ride“ am Stadtrand, dies muss jedoch immer kostenlos angeboten werden. Es ist eine Mindestquote öffentlicher Parkplätze im Verhältnis zu privaten Stellplätzen einzuhalten. Von Bauherren geforderte Stellplätze dürfen baurechtlich nicht reduziert werden. Die Landesbauordnung Baden-Württembergs sieht seit 2015 die Möglichkeit vor, durch mehr Fahrradstellplätze auf ein Viertel der Kfz-Parkplätze zu verzichten - Stuttgart darf dieser Regelung keine Folge leisten, sie muss sich vielmehr für die Aufhebung dieser Regelung aussprechen.

Den Verkehr flüssiger machen, die Innenstadt entlasten

Geschwindigkeitsregeln und Ampelschaltungen sollen sich flexibel an die aktuellen Verkehrsverhältnisse anpassen, hierzu braucht es modernste Technik für die Verkehrsleitung. Temporeduktionen außerhalb des Umfeldes von Schulen, Kindergärten und Altenheimen ohne Nachweis der Steigerung von Verkehrssicherheit lehnen wir ab. Um den Verkehrsfluss zu gewährleisten, ist grundsätzlich bei mehrspurigen Hauptverkehrs- und Bundesstraßen die Tempolimitierung auf 60 km/h anzustreben. Diese sind für Fußgänger- und Fahrradwege

kreuzungsfrei umzubauen. Die Limitierung einiger Steigungsstrecken auf 40 km/h ist zurückzunehmen.

Konzepte zur Entlastung der Stadt vom Durchgangsverkehr, etwa Tunnelstrecken und Umgehungsstraßen zwischen Nord und Süd, sind anzustreben. Der im Bundesverkehrswegeplan gesetzte Nordoststring muss unter Beteiligung der Bürger schnell angegangen werden, dafür ist er in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

Zur Beschleunigung des Individual- und Busverkehrs fordern wir, dass Haltebuchten anstelle von Bushaltestellen im Verkehrsraum der Straße errichtet werden.

Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer

Der barrierefreie Ein- und Ausstieg muss mittelfristig an allen hochfrequentierten ÖPNV-Haltestellen gewährleistet werden. Blinden und Sehbehinderten ist mit geeigneten Maßnahmen die Mobilität in der Stadt zu erleichtern. Bürger, die wegen einer Gehbehinderung auf das Auto angewiesen sind, müssen zuverlässig einen Parkplatz finden. Fußgängerzonen müssen den Fußgängern vorbehalten bleiben, sie dürfen nicht durch Rad- und Rollerfahrer gefährdet werden.

Unsere Infrastruktur erhalten

Stuttgart benötigt endlich ein funktionierendes Instandhaltungs- und Erneuerungsmanagement für Brücken und Straßen. Es muss Schluss sein mit dem Aufschieben von Sanierungen bis zur nächsten Wahl.

Bauen, Wohnen und Stadtbild

Wir wollen Stuttgart als attraktive und lebendige Stadt bewahren und weiterentwickeln, deshalb müssen wir uns den großen Problemen des knappen Wohnraums und teils schlechten Stadtbildes in Stuttgart stellen. Aufgrund des hohen Angebots an Kultur und Arbeitsplätzen ist Stuttgart schon immer attraktiv als Lebensmittelpunkt gewesen. Jedoch wird auch durch diese Attraktivität der Wohnraum immer knapper und letztlich auch teurer. Stuttgart muss als Wohnort beliebt bleiben und gleichzeitig günstigen und ansprechenden Wohnraum bieten.

Die schrecklichen Bombennächte des Zweiten Weltkrieges zeichnen noch heute das Stadtbild. Ikonen wie das historische Rathaus oder das Kronprinzenpalais unterlagen oft dem zeitgeistlichen „Fortschritt“ und wurden - trotz Bürgerprotesten - durch „moderne“ und kühle Betonbauten ersetzt. Diese Entwicklung hält leider weiter an und findet sich im gegenwärtigen Baustil wieder. Daher wollen wir unser Stadtbild langfristig verändern und wieder stilechte Baukultur fördern. Denn auch die Baukultur fördert die Identität einer Stadt und seiner Region.

„Architektur ist eine Sprache: Sie drückt aus, woher wir kommen, wer wir sind und wohin wir wollen.“ – Alexander Beck, deutscher Architekt

Jedoch ist das Stadtbild „nur die halbe Miete“. Daher sagen wir: Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Leider gehören die Preise für Stuttgarts Wohnungen zu den höchsten deutschlandweit. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die Vernachlässigung des preisgünstigen Wohnungsbaus, das Stagnieren jeglicher Bautätigkeit, immer strengere Auflagen für Umwelt- und Klimaschutz und die überbordende Massenzuwanderung, die eine nie dagewesene Nachfragesteigerung darstellt. Unsere Politik gilt den Bürgern Stuttgarts.

Sozial geförderte Wohnungen primär für deutsche Staatsbürger

Zu Tausenden wandern Stuttgarter, nicht zuletzt Familien, jährlich ins Umland ab, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen in der Stadt finden können. Zeitgleich strömen immer mehr Migranten, die häufig kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, in unsere Heimatstadt und belegen vorrangig Sozial- und Gewährleistungswohnungen. Vor dem Hintergrund, dass nicht genügend neuer Wohnraum geschaffen wird, kommt es zu einer regelrechten Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung. Die AfD Stuttgart fordert deshalb, dass bei der Vergabe sozial geförderter kommunaler Wohnungen deutsche Staatsbürger bevorzugt behandelt werden. Es ist eine Fehlbelegungsabgabe einzuführen.

Ausgleichsbetrag bei Sanierungen des öffentlichen Raums abschaffen

Die Stadt Stuttgart erhebt bei Sanierung des an Immobilien angrenzenden öffentlichen Raums einen Ausgleichsbetrag, den der Immobilieneigentümer an die Stadt entrichten muss. Dieser Ausgleichsbetrag soll die festgestellte Steigerung des Bodenwertes decken. Da der Ausgleichsbetrag somit willkürlich festgesetzt werden kann, fordern wir seine Abschaffung.

Auflagen und Bürokratie verringern

Städtische Bauvorschriften für Umwelt- und Brandschutz sowie Dämmung und Photovoltaik müssen - ganz nach niederländischem Vorbild - auf ein vertretbares Minimum reduziert werden. Unser Ziel ist eine Baugenehmigung in unter 3 Monaten.

Stuttgart muss sich für eine Vereinfachung der Bauvorschriften auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Ausschreibungs-, Genehmigungs- und Vergabeprozesse müssen verbessert und beschleunigt werden.

Keine Zwangsmaßnahmen im Namen des "Klimaschutzes"

Der von der Stadt beschlossene sogenannte „Klima-Fahrplan 2035“ wirkt sich besonders negativ auf die Stadtplanung aus. Beispielsweise richtet er sich undifferenziert gegen den Individualverkehr. Nach diesen Plänen würde zukünftig bei Neubaugebieten, in Innenstadt und Wohngebieten der Individualverkehr deutlich eingeschränkt und kaum Parkraum geboten werden. Diese Pläne sind nicht hinnehmbar, wirtschaftsschädlich und gehen am Bürgerwohl vorbei.

Daher fordern wir, dass dieser „Klima-Fahrplan“ bei der Stadtentwicklung und Planung nicht berücksichtigt wird. Letztlich sollen der „Klima-Fahrplan 2035“ und weitere „Klimaschutzprojekte“ abgeschafft werden. Staatlichen Zwang zur Verschuldung privater Haushalte für den „klimaneutralen“ Heizungsumbau, zum Einbau von Überwachungs-Stromzählern oder zur Stromabschaltung bei Dunkelflaute lehnen wir ab.

Familiengerechtes Wohnen fördern

Die AfD unterstützt und schützt die Familien. In der Stadt sollen mehr Wohnungen geschaffen werden, die mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten und mehr Zimmern Vorteile für Familien bieten. Flexible Bauweise und Grundrisse ermöglichen den Familien bei Bedarf eine Teilung der Wohnräume in kleinere Wohneinheiten. Nicht zuletzt seniorengerechte Wohnformen lassen sich so verwirklichen. Über eine Einführung eines kommunalen Baukindergeldes ist nachzudenken.

Aufnahmestopp ist die Bedingung für mehr Wohnraum

Die Situation auf dem kommunalen Wohnungsmarkt kann kurzfristig nur entspannt werden, wenn die weitere massive Zuweisung von Migranten beendet wird. Wir fordern einen sofortigen Aufnahmestopp der Stadt Stuttgart.

Stadtentwicklung braucht direkte Demokratie

Vor jeder Verdichtung von Wohngebieten müssen die bereits ansässigen Bewohner bei der Klärung aller Fragen beteiligt werden, die die Infrastruktur, den Verkehr, die soziale Struktur und die öffentliche Ordnung und Sicherheit betreffen. Die AfD ist die Partei konsequenter direkter Demokratie: Keine Verdichtung der Bebauung ohne verbesserte Mitsprache der betroffenen Anwohner.

Verkehrskonzepte für neue Wohngebiete

Bei der Neuansiedlung von Wohngebieten ist immer ein Verkehrs- und Parkraumkonzept vorzulegen, das die Interessen von Individualverkehr und öffentlichen Personennahverkehr berücksichtigt. Hierfür sind vor allem kostenloses Anwohnerparken und die Einbindung des Wohngebiets in das Netz der SSB vorzusehen.

Lebenswerte Stadt durch mehr Stadtgewässer

Um das Binnenklima innerhalb der Stadt positiv zu beeinflussen, setzen wir uns für mehr offene Stadtgewässer ein - dadurch verbessern sich auch Lebensqualität und Stadtbild. Im Schlossgarten und an Stellen in der Stadt, an denen Anwohner, Stadtbild und Verkehr nicht behindert werden, ist die Offenlegung des Nesenbachs anzustreben. Unter strikter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes sind Naherholungsgebiete am Neckar denkbar. Neckar, Nesenbach und alle Gewässer II. Ordnung müssen in Stuttgart gepflegt werden.

Für ein schönes und historisches Stadtbild

Die Erhaltung und Gestaltung des Stadtbilds ist nicht allein Aufgabe des Denkmalschutzes, sondern muss auch bei Neubauten ein mitentscheidendes Kriterium sein. Die AfD setzt sich langfristig für die Wiederherstellung des historischen Stadtkerns ein. Bestehende historische Fassaden müssen gepflegt und saniert werden. Die Fassaden von Neubauten im Stadtkern sollten sich an den Vorbildern eines historischen Baustils orientieren, der die Identität der Stadt prägt.

Hierfür fordern wir eine Unterstützung der Bauträger bei der baulichen Umsetzung. Vereine, die sich für die Stuttgarter städtebauliche Identität einsetzen und diese pflegen wollen, sollen bei der Stadtentwicklung einbezogen werden.

Öffentliche Plätze sind Orte der Begegnung und der Kultur, daher müssen sie sich harmonisch in die Umgebung einfügen und gepflegt werden.

Die Fördermittel zur Unterstützung von Eigentümern denkmalgeschützter Häuser sind beizubehalten und wenn möglich zu erhöhen.

Soziale Marktwirtschaft in der Wohnungspolitik

Bei der Planung von Neubauten sind preisgünstiges Bauen und die Förderung von Wohneigentum zu berücksichtigen. Baugemeinschaften sollen gefördert werden. Beim Verkauf von Liegenschaften soll Stuttgart nicht primär auf die Erzielung eines Höchstpreises achten, sondern den Verkauf an ein Nutzungskonzept binden, dessen Einhaltung von der Stadt kontrolliert und durchgesetzt werden kann.

Grund- und Grunderwerbsteuer senken und abschaffen

Die Grundsteuerreform ist mit der Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer auszugleichen. Insbesondere darf die Neuberechnung der Grundsteuer nicht dazu missbraucht werden, Immobilieneigner zu einer Nachverdichtung ihrer Grundstücke oder gar zum Verkauf zu nötigen.

Stuttgart muss sich dafür einsetzen, dass die Grunderwerbsteuer gesenkt oder letztlich abgeschafft wird - wir wollen auch dadurch die Wohneigentumsquote steigern.

Flächenversiegelung möglichst vermeiden

Freiflächen werden in Stuttgart immer rarer. Die Versiegelung von Böden zulasten von Mensch und Natur ist möglichst zu vermeiden. Die Arrondierung (Abrundung) bestehender Wohngebiete ist daher zu bevorzugen. Wir unterstützen die Entwicklung von Bauflächen im Sinne der Stuttgarter 'Potenzialanalyse Wohnen' aus dem Jahr 2021, die vorsieht, innerstädtische brachliegende Flächen zu bebauen.

Gesundheit

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat für die Gesundheitsversorgung ihrer Bürger eine ganze Reihe von Aufgaben wahrzunehmen. Neben der Verantwortung für das städtische Klinikum, ein Krankenhaus der Maximalversorgung mit über 7.000 Mitarbeitern, ist die Stadt auch zuständig für Infektionsschutz, umweltbezogenen Gesundheitsschutz und vorsorgliche Beratung etwa von Familien, Kindern oder Älteren. Diese Aufgaben werden vom städtischen Gesundheitsamt wahrgenommen.

Während der „Corona-Jahre“ 2020 bis 2022 wurde leider deutlich, dass auch in Stuttgart Verwaltungsmaßnahmen getroffen oder zumindest hingenommen wurden, die rechtswidrig Grundrechte einschränkten; begleitet von der völlig unkritischen Wiedergabe angeblicher Grenzwerte, Statistiken und Narrative, die lediglich zur Verängstigung der Bürger führten, ohne einen Nutzen für die öffentliche Gesundheit zu bieten. Die Landeshauptstadt Stuttgart betrieb sogar massiv Werbung für den Einsatz von Arzneimitteln (modRNA-Injektionen), deren Nutzen von Anfang an zweifelhaft und deren schwerwiegende Nebenwirkungen schon früh bekannt waren.

Unser Ziel ist eine am Menschen orientierte medizinische Versorgung. Wir wollen Eigenverantwortlichkeit und Therapiefreiheit fördern. Der Einflussnahme von Lobbyisten wollen wir strengere Grenzen setzen.

Die Corona-Zwangsmaßnahmen aufarbeiten

Wir werden die Einsetzung eines Unterausschusses des Gemeinderats beantragen, der Fehlverhalten und rechtswidrige Entscheidungen der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit den Corona-Zwangsmaßnahmen der Jahre 2020 bis 2022 untersucht. Insbesondere Kontaktverbote, Ausgangssperren, Maskenpflichten, Impfpflichten und die Ahndung behaupteter Ordnungsverstöße sollen dabei geprüft werden. Denn einer ähnlichen, künftigen Fehlentwicklung müssen wir vorbeugen. Ordnungsmaßnahmen und Bußgeldforderungen waren grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Wir fordern, dass die Stadt Stuttgart die eingetriebenen Ordnungsgelder/ Bußgelder zurückzahlt.

Breites Spektrum wissenschaftlicher Meinungen zulassen und fördern

Wir setzen uns für die Berufung politisch und wirtschaftlich unabhängiger Fachleute in Krisensituationen ein, die transparent und für die Bürger nachvollziehbar ihre Positionen darlegen und begründen.

Beratungsstelle für Bürger mit Covid-Impfschäden einrichten

Wir fordern die Einrichtung einer Spezialsprechstunde durch die Stadt, an die sich Personen mit langanhaltenden Beschwerden wenden können, die in zeitlichem Zusammenhang mit einer sogenannten Impfung gegen SARS-CoV2 aufgetreten sind.

Breit gefächertes Gesundheitsangebot

Die AfD Stuttgart befürwortet ein breit gefächertes Gesundheitsangebot sowohl durch die verschiedenen in Stuttgart ansässigen Krankenhäuser als auch durch frei niedergelassene Arztpraxen oder Kooperationen. Wir unterstützen das Klinikum als Einrichtung der Maximalversorgung auch im Sinne der Förderung der Universitätsmedizin und medizinischen Forschung in Stuttgart.

Wir begrüßen das Konzept der Selbsthilfegruppen

Als AfD Stuttgart begrüßen wir die Förderung von Selbsthilfeangeboten freier Träger und eigenverantwortlichen, selbstorganisierten Gruppen.

Feinstaub und Stickoxide auf den medizinischen Prüfstand stellen

Wir wollen die Bürger aufklären, aber keine unnötigen Ängste schüren. Wir fordern in Bezug auf Umweltmedizin und Luftschadstoffe eine objektive Beratung und keine ideologische Indoktrination. Ziel ist es, ein Maximum an individueller Freiheit und gleichzeitig ein hohes Maß an Gesundheitsschutz zu gewährleisten.

Die öffentliche Drogenszene

Drogenkonsumräume für harte Drogen lehnen wir ab. Der Fokus der Suchtbekämpfung soll auf Prävention liegen. Beratungs- und Therapieangebote sollen mit Null-Toleranz gegenüber öffentlichem Drogenkonsum verbunden werden.

Wir fördern die Hebammen in Stuttgart

Wir setzen uns für die lückenlose Versorgung der Stuttgarter Frauen durch Hebammen ein. Dafür fordern wir die Verbesserung der finanziellen Unterstützung, insbesondere für Hebammen, die Ausbildungen durchführen.

Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen

Wir unterstützen den barrierefreien Ausbau der Infrastruktur der Stadt Stuttgart. Der Zugang zu städtischen Einrichtungen und Bereichen des öffentlichen Lebens soll Menschen mit Behinderung einfach möglich sein. Dies gilt nicht zuletzt für die Zugänglichkeit mit dem Kfz.

Kultur und Tourismus

Eine lebenswerte Stadt ist reich an Kultur und Geschichte. Stuttgart blickt zurück auf eine über tausendjährige Geschichte, die von vielen Künstlern, Dichtern und Denkern geprägt ist. Darauf können wir stolz sein.

Es gibt aber leider Ambitionen in der Stadt, unsere Geschichte zu verleugnen und verantwortungslos mit unserer Kultur umzugehen. Darüber hinaus wird eine einseitige Politik gegen die Mehrheit und letztendlich gegen das Publikum von Kunst und Kultur betrieben.

So fordert Links-Grün etwa eine Frauenquote für Stuttgarter Straßennamen, vermutet Rassismus hinter allem und jedem und grenzt jene aus, die sich im Hinblick auf historische Ereignisse nicht entsprechend dem vorherrschenden Zeitgeist äußern.

Der Verlust deutscher Kultur zeigt sich auch anderweitig: Die befeuerte Ersetzungsmigration führt zu einem Einfluss ausländischer Kulturen, welche nicht mit unserer abendländischen Wertvorstellung kompatibel sind. Hier muss die Stadt ein klares Bekenntnis zur deutschen Lebensweise, Alltagskultur und Tradition ablegen, jedoch reicht ein unbedeutender „Verfassungspatriotismus“ hierzu nicht aus. Heimatliebe muss nahbar, persönlich und durch lang tradierte Brauchtümer gelebt werden.

Wir müssen wieder Raum schaffen für eine Kulturszene, die sich mit Verantwortung für Geschichte, Traditionen und Interessen der Bürger frei entfalten kann. Hierfür muss die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit gewahrt werden und nicht einem linken Zeitgeist unterstehen, der bestimmte Künstler und Bürger ausgrenzt.

Kulturförderung sinnvoll gestalten

Kultur kommt bis auf wenige Ausnahmen nicht ohne städtische Subventionierung aus. Orte, an denen Kunst, Kultur und Geschichte präsentiert werden, die der Bildung dienen und vom Publikum angenommen werden, sind zweifelsohne finanziell zu unterstützen. Die Eintrittspreise für Museen und ähnliche Einrichtungen sind auf ein erträgliches Maß zu senken. Die Stadt muss sich bei der Kulturförderung im Interesse der Bürger verhalten und dort zwingend politische Neutralität wahren. Die finanzielle Unterstützung eindeutig politisch agierender Vereine gehört unterbunden. Neben der städtischen Hochkultur müssen auch die kulturellen Traditionen und das Brauchtum gefördert werden. Hierfür müssen Vereine stärker unterstützt werden, die sich für deren Erhalt einsetzen.

Staatsoper Stuttgart endlich sanieren

Insgesamt sieben Mal wurde die Stuttgarter Oper als „Opernhaus des Jahres“ ausgezeichnet. Sie trägt maßgeblich zur Stuttgarter Kultur und Identität bei. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine kosteneffiziente Sanierung zügig anzugehen - dabei darf diese Sanierung nicht zu einem weiteren unvollendeten und langwierigen Großprojekt wie Stuttgart 21 werden. Wir lehnen einen Neubau mit moderner Fassade strikt ab. Langfristig wäre zusätzlich eine Rekonstruktion des historischen „Kleinen Hauses“ denkbar.

Denkmalpflege ist unabdingbar

Um unser reiches Erbe auch zukünftigen Generationen zugänglich und erlebbar zu machen, unterstützt die AfD Stuttgart Maßnahmen zum Denkmalschutz, zur Denkmalpflege sowie zur Denkmalförderung im gesamten Stuttgarter Stadtgebiet.

Angesichts vermehrter Beschädigungen von Denkmälern und Kunstwerken fordern wir einen besseren Schutz jener Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte. Sowohl im öffentlichen Raum als auch in Museen ist es unerlässlich, die Sicherheitsmaßnahmen deutlich zu verbessern.

Tourismusstandort Stuttgart stärken

Stuttgart gehört zu den touristischen Mauerblümchen. Diesen Zustand wollen wir ändern – Stuttgart braucht hierfür eine effektive und gute Werbekampagne für unsere Kunst und Kultur. Diese Werbekampagne muss vor allem unsere heimischen Unternehmen und unsere Kultur hervorheben, jedoch sollte sie keine globalistische Agenda beinhalten. Gerade für den Erhalt des hiesigen Einzelhandels in der Innenstadt ist dies essentiell.

Gastronomie entlasten, Vergnügungssteuer abschaffen

Die Stadt Stuttgart erhebt für bestimmte Unternehmen zusätzlich eine Vergnügungssteuer. Dies gilt insbesondere für Betreiber von Spiel- und Musikautomaten, Tischfußball, Billardtischen, Darts und weiteren Vergnügungsbereichen. In vielen anderen Kommunen gibt es diese Steuer nicht. Die Vergnügungssteuer belastet jene Unternehmen erheblich. Wir möchten daher die Vergnügungssteuer abschaffen.

Kunst soll frei und vom Zeitgeist unabhängig sein

Wir fordern als AfD eine diskursoffene Förderung und Schaffung von neuen und alten Projekten aus sämtlichen gesellschaftlichen Richtungen gleichermaßen.

Unsere Geschichte mit Stolz tragen

Die offizielle Erinnerungskultur der Stadt Stuttgart muss auch die Höhepunkte im Blick haben. Bürger sollen auch mit Stolz auf ihre Geschichte blicken können. Ehemalige deutsche Staaten, wie das württembergische Herzogtum bzw. Königreich oder das Deutsche Kaiserreich, dürfen nicht kategorisch abgetan werden, nur weil sie dem verklärten, linken Weltbild nicht entsprechen. Das

kulturelle und industrielle Erbe, das aus dieser Zeit hervorgeht, prägt uns bis heute. Geschichte und Kultur müssen vielmehr positiv identitätsstiftend wirken.

Des Weiteren ist es essentiell, eine eigenständige, städtische Identität zu erhalten und herauszubilden. Hierfür muss die Stadt ihre Ehrenbürger stärker würdigen und ihre Bedeutung für die Stadt und unser Land hervorheben. Wir Stuttgarter müssen auf unsere Stadt stolz sein können.

Friedhöfe und Ruhestätten pflegen und schützen

Stuttgarts Friedhöfe geben nicht nur großen historischen Persönlichkeiten, sondern auch den einfachen Stuttgarter Bürgern ein würdiges Andenken. Ihre Grabstätten zu pflegen ist der Lebenden Pflicht, daher muss die Stadtverwaltung die Friedhofs- und Anlagenpflege ausweiten. Die Wahrung der Friedhofsruhe muss sichergestellt werden.

Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden schützen

Auch die Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden sind Teil unserer Identität und Kultur, sie spiegeln unsere Historie wider. Daher lehnen wir die ideologisch begründete Umbenennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden ab. Geschichtsverständnis darf nicht dem parteipolitischen Belieben oder dem Zeitgeist unterliegen.

Sport

Stuttgart hat eine weitreichende Sportkultur. Prägend ist vor allem die Faszination vom Fußball, dieser zieht Kinder und Jugendliche in seinen Bann und lehrt sie Disziplin und Fleiß. Besagtes haben in den 1890er Jahren nicht wenige Bürger Cannstatts und Stuttgarts erkannt und gründeten daraufhin die zwei ersten Fußballvereine.

Gleichwohl sind nicht nur sportliche Großveranstaltungen wie Fußballspiele für das Wohl der Stuttgarter Bürger relevant, vielmehr ist es die aktive Teilhabe in den vielen kleinen Sportvereinen der Stadt. Voller Stolz blicken wir auf rund 400 Sportvereine, die nationale und internationale Höchstleistungen erbringen und zur Lebensqualität in der Stadt beitragen. Diese haben das Potential, unserer Stadt national und weltweit eine höhere Bekanntheit zu verleihen.

Der Sport bietet den Menschen einen Rückzugsort, an dem sie an Körper, Selbstdisziplin und persönlichem Fortkommen arbeiten können. Darüber hinaus gibt es durch ihn sogar die Möglichkeit, in sportlicher Kameradschaft Konflikte in unserer Stadtgesellschaft zu überwinden und in unsere polarisierte Gesellschaft mehr Harmonie zu tragen.

Der Sport leistet in unserer Stadtgesellschaft einen nicht ersetzbaren Beitrag zur individuellen und sozialen Entfaltung des Menschen und dessen Gesunderhaltung. Er verdient unser aller Unterstützung! Die AfD wird sich für eine adäquate Förderung der Sportkultur einsetzen.

„Sport ist sozusagen ein Spiegel der Seele des Menschen, was ich im Sport bin, bin ich wirklich selbst.“

Sportvereine fördern und Bäder erhalten

Die Vorgaben der städtischen Förderrichtlinien sind bei der Unterstützung von Vereinen zu wahren. Politisch agierenden Sportvereinen ist wiederum jedwede Förderung zu versagen! Gleichwohl ist die möglichst große Unabhängigkeit von städtischen Finanzausschüssen unabdingbar. Unsere Stuttgarter Bäder müssen saniert und erhalten werden, städtisch finanzierte Bäder dürfen keine religiös begründete Badekultur etablieren.

Sport ist nur mit Sicherheit möglich

Nicht zuletzt wegen der verfehlten und rechtswidrigen Migrationspolitik muss gegenwärtig stärker auf die Sicherheit der Stuttgarter Bäder und anderer Sportstätten geachtet werden. Deshalb muss mehr Sicherheitspersonal bereitstehen. Bei Fehlverhalten in Sport- und Freizeiteinrichtungen sollen in besonderen Fällen die Personalien des Betroffenen aufgenommen und Hausverbote erteilt werden. Diese Maßnahmen müssen so lange aufrechterhalten werden, wie kulturell bedingtes Fehlverhalten weiter besteht.

Mineralbäderkultur erhalten

Stuttgart kann auf eines seiner Naturgüter besonders stolz sein, die natürlichen Mineralwasservorkommen in Bad Cannstatt und Mitte. Wir bekennen uns zum strengen Schutz dieser Quellen, aber auch zur angemessenen Nutzung durch traditionsreiche Mineralbäder und Trinkbrunnen.

Vereinskultur stärken

Vereinskultur ist ein wichtiger Bestandteil einer gesunden Gesellschaft, daher ist ein sozial verträgliches Vereinsangebot unabdingbar und daher zu fördern. So gedeiht auch das ehrenamtliche Engagement der Bürger in den Vereinen. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, bei denen der Schulsport immer weiter ausgedünnt wird, ist dies essentiell.

Breitensport ausbauen

Neben der Förderung der Vereinskultur sind Möglichkeiten zur sportlichen Aktivität im öffentlichen Raum notwendig. Dafür müssen Erhalt, Pflege sowie Neuanlage von Laufwegen, Grünanlagen und Gewässern forciert werden. In der Stuttgarter Peripherie sind Projekte, wie „Trimm-Dich-Pfade“ zu erhalten und auszubauen. Den Ausbau von Angeboten für Behindertensport unterstützen wir.

Großveranstaltungen ermöglichen

Sportgroßveranstaltungen haben weltweit eine zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung erlangt - Stuttgart darf hier nicht zurückbleiben. Die Landeshauptstadt muss in die engere Auswahl von Welt- und Europameisterschaften rücken.

Keine Zweckentfremdung von Sporthallen

Sporthallen dienen dem Sport, daher sollen sie nicht von der Stadt - insbesondere zur Flüchtlingsunterbringung - missbraucht werden.

Demokratie und Mitbestimmung

Durch Deutschland und unsere Stadt geht ein politisches Beben. Menschen lassen sich immer seltener vorschreiben, wie sie zu leben haben. Sie geben aus Überzeugung oppositionellen Stimmen recht, die sie in Parlamenten oder auf der Straße vertreten. Diese Entwicklung ist nicht erst durch jüngste Umfragewerte unserer Partei ersichtlich, sondern war bereits 2020 bis 2022 durch massive Proteste gegen unverhältnismäßige Coronamaßnahmen bemerkbar. Vorbildlich beim Einstehen für unsere Grundrechte waren vor allem Bürger unserer Landeshauptstadt.

Wir bekennen uns zum freiheitlichen Geist der Stuttgarter. Jedoch muss klar sein, dass eine hoch polarisierte und gesplante Gesellschaft keine Zukunft hat, da auf dieser Grundlage keine Solidarität und kein Austausch stattfinden kann. Daher ist eine integrative Politik unabdingbar.

Wir stehen für eine Politik der Meinungsvielfalt und der Redefreiheit. Denk- und Redeverbote darf es nicht geben. Demokratie lebt von der konstruktiven Diskussion um die besten Lösungen. Diese faire

Debattenkultur werden wir im Gemeinderat pflegen – aber auch den anderen Stadträten und der Stadtverwaltung abverlangen. Jeder Stuttgarter muss das Gefühl haben, dass seine Meinung sowohl vom Gegenüber als auch von der Verwaltung ernst genommen und nicht belächelt oder gar für falsch erklärt wird. Der Zensur-Kultur, die Meinungen einschränkt - die nicht dem Zeitgeist entsprechen - sagen wir den Kampf an. Gerade der Kontakt zwischen Bürgern vor Ort und der Stadt muss intensiviert werden.

Wir berücksichtigen die Sorgen der Bürger, daher werden wir auch als künftige Fraktion regelmäßige Bürgersprechstunden anbieten.

Bürgerbeteiligung stärken

Bei Vorhaben der Stadt muss das Wohl und der Wille der Bürger stärker berücksichtigt werden. Hierzu ist bei entscheidenden Vorhaben die Anwohnerschaft zu einem Projekt zu befragen. Bei Notwendigkeit werden wir daher Bürgerbegehren und Bürgerentscheide initiieren und einfordern.

Ideologiekampagnen eindämmen

Die Finanzierung von Vereinen oder Projekten, die der Unterdrückung kritischer Meinungen oder der Einschränkung der Opposition dienen, ist zu stoppen. Wir stellen uns gegen städtische Ideologiekampagnen, die an der aktuellen Einwanderungs- und Klimapolitik festhalten, und gegen deren Bewerbung. Vielmehr muss sich die Stadt in der Werbepolitik neutral positionieren. Der sogenannte „Kampf gegen rechts“ ist der Missbrauch öffentlicher Gelder für parteipolitische Partikularinteressen und muss aufhören. Stattdessen ist ein offener Diskurs aller Meinungen in der Stadt zu führen.

Gemeinderats- und Ausschusssitzungen übertragen

Zur Demokratie gehört auch Transparenz in der Entscheidungsfindung und eine Plattform, auf der die Arbeit der Gemeinderatsfraktionen nüchtern präsentiert wird. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass jede Sitzung des Gemeinderats und der öffentlichen Ausschüsse nicht nur übertragen, sondern auch gespeichert und veröffentlicht wird.

Eigenständigkeit der Bezirke fördern

Wir achten die Eigenständigkeit der Bezirke und schätzen ihre Identität, Kultur und gewachsenen Strukturen. Daher unterstützen wir lokale Bürgervereine verstärkt.

Verwaltung und Haushalt

Am 21. September 2023 wurde der Haushalt für die Jahre 2024/2025 vorgestellt. Die Stadt rechnet mit etwa 4,4 Milliarden Euro Einnahmen für 2024 und etwa 4,3 Milliarden Euro Einnahmen für 2025. Während Unternehmen in Stuttgart in der Regel nur das ausgeben können, was sie auch verdienen, leistet sich die Landeshauptstadt im Jahr 2025 ein rekordverdächtiges Finanzdefizit von rund 310 Millionen Euro. Neben einigen unterstützenswerten höheren Ausgaben - wie etwa die 30 zusätzlichen Stellen für das Amt für Digitalisierung - wirken die zusätzlichen Positionen für die Stadtverwaltung im Haushalt wie ein Patronagesystem der Altparteien.

Vor allem die Auto- und Zulieferindustrie trug in der Vergangenheit dazu bei, dass die Landeshauptstadt ihre Ausgaben decken konnte - die etwa eine Milliarde Einnahmen durch die Gewerbesteuer waren immer eine zuverlässige Einnahmequelle. Die Antwort auf das Finanzdefizit darf jedoch nicht die Erhöhung der kommunalen Steuern sein, diese würden die Industrieflucht nur weiter befeuern.

Vielmehr muss die Stadt durch wirtschaftsfreundliche Politik dazu beitragen, dass Industrie und Gewerbe nicht abwandern und sich neue Firmen in Stuttgart ansiedeln. Hierfür ist aber auch eine schlanke und effiziente Verwaltung ausschlaggebend. Der überbordenden Bürokratie muss Einhalt geboten werden.

Ausgaben nur mit Augenmaß

Stuttgart hat nach Jahren schuldenfreier Politik nun ein rekordverdächtiges Haushaltsdefizit. Diese Politik lehnen wir ab. Ausgaben unterstützen wir nur dann, wenn sie dem Wohl der Stuttgarter Bürger dienen und den Haushalt nicht übermäßig belasten. Die AfD Stuttgart lehnt eine Erhöhung städtisch erhobener Steuern, Abgaben und Gebühren ab. Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt. Dies ist ein Gebot der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit.

Städtisches Vermögen

Die Veräußerung kommunalen Vermögens sollte immer nur eine Ausnahme sein. Die Bürger der Stadt müssen darin einen langfristig kalkulierbaren Nutzen erkennen können. Transparenz und demokratische Kontrolle sind auch hier oberstes Gebot.

Bund und Land in die Verantwortung nehmen

Die AfD besteht auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Die Staatsebene, die für eine Aufgabe verantwortlich ist, muss auch für die Finanzierung sorgen. Wir fordern, dass die Aufgabenübertragung von Bund und Land an die Stadt finanziell voll ausgeglichen wird. Freiwillige Leistungen der Stadt müssen in Umfang und Höhe nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes bemessen werden.

Chaos vor und in den Bürgerbüros beenden

Wir fordern, dass priorisiert neue Mitarbeiter der Bürgerbüros angeworben werden, aber auch Stellen anderer Behörden (Ausländerbehörde, Sozialamt, Verwaltung) dorthin umstrukturiert werden, um die Verwaltungsvorgänge für Stuttgarter Bürger zu beschleunigen. Die digitale Terminvergabe unterstützen wir. Asylbewerber sollten ihre Anliegen ausschließlich in der Ausländerbehörde äußern und nicht zusätzlich Kapazitäten der Bürgerbüros beanspruchen.

Des Weiteren fordern wir die räumliche und organisatorische Trennung der Angelegenheiten von Asylbewerbern und anderen Ausländern. Wir setzen uns für Express-Wartelinien für bestimmte Verwaltungsvorgänge ein.

Digitalisierung für freie Bürger!

Eine möglichst kleine, kostengünstige, unbürokratische und dabei schnelle Verwaltung muss über digitale Werkzeuge und Methoden verfügen. Die Verwaltungsangebote in digitaler Form müssen mit mehr Nachdruck ausgebaut werden.

Sie dürfen jedoch den Bürgern nicht aufgezwungen werden - Verwaltungsvorgänge müssen auch künftig mündlich oder in Papierform zu erledigen sein.

Der Schutz persönlicher Daten hat höchste Priorität, die Zusammenführung solcher Daten in zentralen Datenbanken ist abzulehnen, ebenso die Sammlung verhaltensbezogener Daten, etwa aus Mobiltelefonen, Zahlungssystemen oder Kfz.

Soziale Belohnungssysteme, bei denen Bürger z. B. Punkte für vermeintliches Wohlverhalten (Mülltrennung, Busfahren etc.) mittels ihres Smartphones sammeln können, lehnen wir ab, denn sie führen in den Überwachungsstaat.

Korrekte Sprache wahren

Wir setzen uns für den Erhalt der deutschen Sprache in der Kommunikation in der Verwaltung ein. Wir fordern das Verbot der Gendersprache im Gebrauch der Stadt.

Beflaggung öffentlicher Gebäude

Wir fordern die Beflaggung der städtischen Gebäude mit der deutschen Bundesflagge, zusätzlich sollten auch die Flaggen des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gehisst werden. Eine Ausnahme stellen protokollarische Gründe dar. Beflaggung zur Streuung politischer Ideologien lehnen wir ab.

Für eine kleine und leistungsfähige Verwaltung

Die Stadtverwaltung muss den Bürgern dienen und nicht als Patronagesystem für die Parteien fungieren. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht immer mehr Behörden, Beauftragte und ähnliche Stellen geschaffen werden, sondern Stellen nur dort ausgebaut werden, wo Personalmangel herrscht. Die Stabsstelle Klimaschutz und ähnliche Behörden, die nur der Durchsetzung einer ideologischen und politischen Agenda dienen, lehnen wir strikt ab.

Gesetzlich vorgeschriebene Stellen müssen auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert werden. Des Weiteren fordern wir bessere Arbeitsbedingungen für städtische Mitarbeiter, insbesondere die Schaffung ergonomischer Arbeitsplätze und die Sanierung von Gebäuden.

Digitalisierung des Amtsblattes

Zur höheren Transparenz und besseren Informationsbereitstellung fordern wir die Digitalisierung des Amtsblattes, welches allen Bürgern auf Wunsch digital zur Verfügung gestellt werden soll. Hierdurch können sich die Bürger ein besseres Bild über die Abläufe in der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat machen und dies in ihre Meinungsbildung einfließen lassen.